

# UZ

Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Ostern  
2020

## EXTRA

aus Bottrop und Kirchhellen

# notizen

## Ziehen Bund und Land die richtigen Lehren aus der Corona-Pandemie?

Das Gesundheitswesen steht aufgrund der Corona-Pandemie vor dem Kollaps. Jetzt zeigen sich die fatalen Folgen von dessen Privatisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung. Die gleichen Politiker, die jetzt den Einsatz von Ärzten und Pflegekräften loben, hatten noch im letzten Jahr verkündet, in Deutschland gäbe es zu viele Krankenhäuser! Gestützt auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung wurde eine Verringerung der Krankenhäuser von aktuell knapp 1.400 auf deutlich unter 600 Kliniken gefordert. Diese Kürzung werde angeblich die Qualität der Versorgung für Patienten verbessern und bestehende Engpässe bei Ärzten und Pflegepersonal mildern. Das Ziel ist aber eher ein Umbau der Krankenhäuser zu Profitmaschinen für kapitalkräftige Investoren.

Die herrschende Klasse sorgt sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern nutzt die Pandemie für ihre Interessen. Plötzlich spielt Geld keine Rolle mehr! Corona wird genutzt, um mit 500 Milliarden Euro Banken und Konzerne zu retten. Die Bundesregierung hat „unbegrenzte Kredite“ für Konzerne garantiert. Das Großkapital folgt den Worten des US-Investors Warren Buffett: „Wenn es gerade Gold regnet, stell einen Eimer vor die Tür und keinen Fingerhut.“ Notwendig ist aber stattdessen, dass die Reichen für die Kosten der Corona-Krise herangezogen werden und nicht der Steuerzahler über künftige Steuererhöhungen.

**Was sind die unmittelbaren Folgen der Pandemie für die arbeitenden Menschen in Deutschland?**

Auch während der Corona-Krise erhalten Kurzarbeiter nur 60, bei Kindern im Haushalt 67 Prozent des Nettolohnes. Davon können Normalverdiener nicht leben. Notwendig ist ein Kurzarbeitergeld von 90 Prozent, wie es die Gewerkschaft VerDi



fordert. Für Bezieher von Hartz-IV- und „Transferleistungen“ sind Einmalzahlung von 500 Euro pro Haushalt und bis zum Ende der Krise monatliche Zulagen von 100 Euro für jede Person notwendig, um die aktuellen Corona-Mehrkosten aufzufangen. Einen Aufschlag auf die Regelsätze fordert auch der Paritätische Wohlfahrtsverband. Außerdem sollte das Jobcenter für alle Leistungsbezieher die volle Miete übernehmen, auch wenn diese über der Obergrenze liegt. Die Bundesregierung versorgt Banken und Konzerne in der Corona-Krise, jedoch nicht die Familien und Armen.

Die Einnahmen der Stadt werden durch die Corona-Pandemie dramatisch einbrechen. Nicht nur die Gewerbesteuer-einnahmen und der Anteil der Stadt an der Einkommens- und Umsatzsteuer werden drastisch zurückgehen. Auch die fehlenden Einnahmen bei den städtischen Einrichtungen werden große Finanzlücken hinterlassen. Es ist dringend notwendig, dass die

Maßnahmen des Spardiktats „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgehoben werden! Bei den vom Bundestag und NRW-Landtag beschlossenen Finanzhilfen werden die Kommunen wieder einmal hängen gelassen. Die Verschuldung der Stadt wird noch weiter dramatisch ansteigen, wenn es nicht einen „Rettungsschirm“ auch für die Kommunen gibt und die Altschulden endlich ersatzlos gestrichen werden.

**Wir wünschen Ihnen, dass Sie gesund bleiben – und dass nach dem Ende der Pandemie die Stadtfinanzen nicht noch kränker sind, als vorher und dass Arme und Normalbürger genauso Finanzspritzen erhalten, wie Banken und Konzerne!**

Michael Gerber. Tel.: 96227

### **DKP setzt Beratung im Parteibüro vorübergehend aus**

Die DKP-Ratsgruppe setzt ihre bisherige Sozialberatung im DKP-Büro Germaniastr. 54 vorübergehend aus. Im Zuge der Corona-Pandemie muss Rücksicht auf die gesundheitliche Gefährdung genommen werden. Der Anrufbeantworter im Büro wird regelmäßig abgehört, die DKP ist also weiter unter 688 157 erreichbar. Sobald die Sozialberatung fortgesetzt wird, erfolgt eine Mitteilung.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135



**Leider können wir in diesem Jahr nicht wie sonst bunte Ostereier verteilen. Die DKP wünscht trotzdem ein friedliches Osterfest**

Die DKP hat sich seit langem dafür eingesetzt, dass am Gedenkstein für die Opfer der Brigade Loewenfeld zwei Tafeln mit Erklärungen zum Kapp Putsch und den Kämpfen dagegen angebracht. Aufgrund der aktuellen Situation infolge der Corona-Pandemie muss die Veranstaltung zum hundertsten Jahrestag leider zunächst ausfallen, an der diesmal auch der Oberbürgermeister teilnehmen wollte. Es wird davon ausgegangen, dass bald ein neuer Termin für ein Gedenken gefunden werden wird. Eine Information wird dazu rechtzeitig erfolgen!

Jörg Wingold, Tel.: 685911



# Militärübung abgeblasen

„Kann man einer Epidemie was Positives abgewinnen?“

Nein, das kann und sollte man auch nicht. Aber gelegentlich hat so etwas wie Corona einen Nebeneffekt, dem man etwas Gutes zugestehen muss. Wegen der Pandemie ist deswegen die größte „Verlegetübung“ der NATO mit dem schönen Namen „Defender 2020“ abgeblasen worden. Millionen sind bereits dafür in den sprichwörtlichen Sand gesetzt worden. Bei dieser NATO-Übung sollte es darum gehen, Militärgerät möglichst schnell an die russische Grenze zu bringen, auch und vor allem von deutschem Boden aus. Das Ganze sollte auch im Mai geschehen, wenn die Welt des Sieges über das faschistische Deutschland gedenkt. Am 8. Mai kapitulierte nämlich in Berlin die Wehrmacht vor den Alliierten. Die Millionen, die für die NATO-Großübung bereits ausgegeben wurden, sind natürlich trotzdem weg, Abertausende von Tonnen Treibstoff wurden in die Luft geblasen und russische Soldaten waren in Alarmbereitschaft. Trotz Corona-Seuche also gut, dass es vorerst zu Ende ist!

Allerdings sollte eines klar sein, sobald „wieder alles gut“ nach dem Ende der



schlimmsten Auswirkungen von Corona gemeldet wird, werden die Generäle der NATO wieder neu über diese und andere Provokationen nachdenken – und handeln.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

## Gekungel im Rathaus

Der erste Beigeordnete der Stadt, Paul Ketzer wird demnächst über die Alterteilerzeit das Rathaus verlassen. Wie zu hören ist, will die SPD den Posten des Rechtsdezernenten wieder der CDU anbieten. In den Amtsstuben laufen bereits die ersten Wetten, dass sich in diesem Fall der CDU-Fraktionsvorsitzende Hermann Hirschfelder für den Posten des Rechtsdezernenten bewerben wird. Als Jurist erfüllt er die formale Voraussetzung. Mit diesem Versorgungsposten solle die verhängnisvolle informelle große Koalition im Rathaus von SPD und CDU fortgesetzt werden.

Auch eine andere Personalie hat ein Geschmäckle. Der bisherige Leiter des Rechnungsprüfungsamtes Joachim Brunnhofer wurde zum Nachfolger des Beigeordneten Willi Loeven gewählt. Die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) soll Monika Werwer übernehmen. Die DKP meint, für die Leitung des RPA bedarf es einer Person, die als unvorbelastet und neutral angesehen ist. Das ist Frau Werwer aber nicht, als Monika Igelbüscher war sie vor 11 Jahren als stellvertretende Leiterin der „Arbeit für Bottrop“ in den Skandal ihres Lebensgefährten Hans-Georg Grimm verwickelt. Als Leiter des Personalamtes der Stadt hatte Grimm damals eine „Nebentätigkeit“ als Arbeitsvermittler inne. Später wurde Frau Igelbüscher unter ihrem Geburtsnamen Werwer Leiterin des Straßenverkehrsamtes. Solch eine wenig Vertrauen erweckende Pöstchenbesetzung von Dezernent und RPA-Leitung im Rathaus würde den Verdacht auf Kungelei erwecken und wäre damit ein Armutszeugnis für die SPD und den Oberbürgermeister.

Michael Gerber, Tel.: 96227

## „Sanktionierte“ brauchen Entschädigung

# Hartz IV-Unrecht gutmachen

Immer noch ist eine viel zu große Anzahl von Personen in Bottrop von Hartz IV betroffen. Eine Vielzahl der Personen wurde in der Vergangenheit „sanktioniert“ oder gegen sie sind derzeit Kürzungen in Kraft. Das Gesetz und die gängige „Hartz-IV-Praxis“ wurden bzw. werden seit Jahren wegen ihrer großen unsozialen Härte heftig kritisiert.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht die gesetzlichen Bestimmungen in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig und somit rechtswidrig erklärt. Hieraus sind Konsequenzen sowohl für die Vergangenheit als auch die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Die DKP hat daher die Verwaltung aufgefordert, Zahlen zu nennen, nämlich wie viele Menschen in unserer Stadt von rechtswidrigen Maßnahmen betroffen waren oder sogar noch sind. Außerdem fordert die DKP, sämtliche Sanktionen bis Ende nächsten Jahres aus-

zusetzen – und dann zu prüfen, welche Auswirkungen dieses „Moratorium“ hatte. Nach Auffassung vieler Fachleute wie auch der DKP sind Sanktionen nämlich nicht zielführend. In zahlreichen Fällen verschlechtert sich die Situation der Hilfsbedürftigen dramatisch. Sie sollten generell unzulässig sein. Vielmehr sollte den Betroffenen wirksamer als bisher geholfen werden.

Außerdem – und das dürfte jedem einleuchten, dem schon einmal Geld zu Unrecht abgeknöpft wurde – müssen natürlich die von ungerechtfertigten Kürzungen betroffenen Menschen entschädigt werden! Jeder hat schon gehört, wie niedrig „Hartz IV“ schon ungekürzt ist, wer noch „sanktioniert“ wurde, hat vielleicht nur einen geringen Betrag nicht bekommen – aber gerade der zählt! Also gefälligst zurückerstatten!

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

# DKP kandidiert zur Kommunalwahl

Getreu dem bekannten Wahlspruch „DKP wählen – damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht“ wird die DKP zu den Kommunalwahlen in allen Stimmbezirken der Stadt, zu allen Bezirksvertretungen und für die Wahl zum Oberbürgermeister antreten. Unter den Spitzenkandidaten für den Rat der Stadt werden wieder Irmgard Bobrzik,

Michael Gerber, Manfred Plümpe und Jörg Wingold vertreten sein. Die DKP wird sich im Wahlkampf vor allem mit vier Themen auseinandersetzen:

Der Umweltvergiftung durch die Kokerei, dem Flächenfraß, der Wohnsituation und der Einbeziehung der Bürger in die Demokratie vor Ort.

## DKP wählen



Irmgard Bobrzik,  
Tel.: 62020



Michael Gerber, Tel.: 96227



Jörg Wingold, Tel.: 685911

## Damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!



Manfred Plümpe, Tel.: 94135



## Kraneburger Feld erhalten!

SPD und CDU wollen das Craneburger Feld durch den Bau eines riesigen Logistikzentrums zerstören. Es soll nur noch ent-

schieden werden, ob nun Lidl und toom ihre riesigen Lagerhallen in die Natur stellen dürfen. Lidl plant eine riesige 210 m

lange und 165 m breite sowie 30 m hohe Lagerhalle. Für die tägliche Anlieferung sind 250 LKW-Fahrten rund um die Uhr, an 7 Tagen pro Woche vorgesehen. Toom plant ein zweigeschossiges Pflanzenlager, das mit 45.200 m<sup>2</sup> noch größer als der Klotz von Lidl ausfallen soll. Auch toom soll mit bis zu 240 täglichen LKW-Fahrten beliefert werden. Damit würde sich das tägliche LKW-Verkehrsaufkommen auf der B 224 erheblich steigern. Für die Anwohner in Welheim ist dies mit einer deutlichen Lärm- und Umweltbelastung verbunden.

Das Craneburger Feld ist ein ökologisch besonders wertvoller Naturraum. Im Rahmen der Bestandserfassung der Fauna wurden 98 Vogelarten erfasst. Die Vernichtung des Craneburger Feld als Teil des Regionalen Grünzuges steht im krassen Gegensatz zum ausgerufenen Klimanotstand durch den Rat der Stadt Bottrop im Juli 2019.

Michael Gerber, Tel.: 96227



# Schluss jetzt mit der Vergiftung

Die Verseuchung der Umwelt und die gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung durch die Kokerei von ArcelorMittal werden immer gravierender. Im IV. Quartal 2019 stieg die Belastung durch das krebserzeugende Benzo(a)pyren auf 4,2 Nanogramm pro Kubikmeter Luft. Dies ist das Vierfache des zulässigen Zielwertes von 1 ng/m<sup>3</sup>! Besonders alarmierend sind die sehr hohen Tageswerte von 28,98 ng/m<sup>3</sup> am 26. Oktober, 26,26 ng/m<sup>3</sup> am 6. Dezember und 22,51 ng/m<sup>3</sup> am 12. November. Der Leiter des Bottroper Gesundheitsamtes, Dr. Marga, hatte beim „Runden Tisch Kokerei“ insbesondere vor solch hohen Tageswerten des Giftes Benzo(a)pyren gewarnt.

Alle Versicherungen von ArcelorMittal, künftig den Zielwert von 1 ng/m<sup>3</sup> einhalten zu wollen, haben sich im IV. Quartal des letzten Jahres als leere Versprechungen erwiesen. Wer glaubt auch nur ansatzweise, dass sich das in diesem Jahr geändert hat? Während in Corona-Zeiten drastische Maßnahmen bis hin zu Betriebs-schließungen von Stadt und Land NRW umgesetzt werden, muss man bis zum Be-

weis des Gegenteils davon ausgehen, dass ArcelorMittal weiter die Umwelt vergiftet und die Gesundheit der Beschäftigten der Kokerei und der Bottroper Bevölkerung gefährdet.

Die Bezirksregierung als zuständige Aufsichtsbehörde sowie die Stadt Bottrop lassen ArcelorMittal einfach weiter gewähren. Statt marode Koksöfen konsequent stillzulegen, wird einfach nur die Verzehrwarnung von Gartengemüse für 16.000 Menschen weiter ausgeweitet.

Erstmals wurde der Kokerei von ArcelorMittal deutliche Grenzen gesetzt: Nicht von der Bezirksregierung Münster oder der Stadt Bottrop, sondern durch den Erfolg der Klage eines Ehepaares aus Welheim vor dem Landgericht Essen gegen ArcelorMittal auf „Unterlassung der Umweltverschmutzung“ durch „koks- oder kohlehaltige Partikel in ein- oder mehrfacher Sandkorngröße“. Im Wiederholungsfall muss der Konzern künftig 250.000 Euro Ordnungsgeld zahlen! Als weltweit größter Stahlproduzent verfügt ArcelorMittal jedoch über genügend Finanzmittel, um

eine umweltschonende Koksproduktion zu realisieren. Der Profit des Konzerns geht offensichtlich vor den notwendigen Investitionen in eine modernisierte Anlage. ArcelorMittal gefährdet damit den Bestand der Kokerei mit seinen Arbeitsplätzen sowie die Gesundheit der Beschäftigten und der Menschen in Bottrop und der Region. Es ist für die DKP offenkundig: ArcelorMittal betreibt die Kokerei auf Verschleiß, um sie mittelfristig zu schließen und nimmt dabei keinerlei Rücksichten. Die Gesundheit der Menschen muss Vorrang vor dem Profit von ArcelorMittal haben! Die DKP fordert jetzt die Schließung der Kokerei bis der Zielwert von 1 ng/m<sup>3</sup> Luft endlich eingehalten wird, und zwar täglich und ohne Wenn und Aber! Eine Fortsetzung der Vergiftung darf es nicht geben.

Michael Gerber, Tel.: 96227

**Die DKP Bottrop ist auch per Facebook erreichbar und im Internet unter [www.dkp-bottrop.de](http://www.dkp-bottrop.de)**